

## Landtag

# BLB - Neue Suche nach versickerten Millionen

Erstellt 21.03.2013, KstA

<http://www.ksta.de/region/landtag-neue-suche-nach-versickerten-millionen,15189102,22181994.html>



Ein Millionengrab im Duisburger Hafen: Aus diesem alten Getreidespeicher soll das neue Landesarchiv werden. Foto: Arton Krasniqi

Der **zweite Untersuchungsausschuss** zu den umstrittenen Geschäften des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebs nimmt die Arbeit auf: Im Kern geht es um vier Projekte, **die als „kaufmännisch sinnlose Entscheidungen“ bezeichnet werden.**

Von Peter Berger

Düsseldorf.

360 Regalmeter Akten, dazu etliche, die wegen laufender Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wuppertal gar nicht oder nur sporadisch zur Verfügung stehen. Der neue Untersuchungsausschuss des Düsseldorfer Landtags, der sich ab Freitag um die Aufklärung des Skandals bei dem landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) bemühen muss, wird im Gegensatz zu seinem Vorgänger die Aufgabe mit Sicherheit nicht unterschätzen. „Wir wissen genau, was da auf uns zukommt“, sagt sein Vorsitzender, der SPD-Abgeordnete Sven Wolf.

### Vier Projekte

Im Kern geht es um vier Projekte, die von der Staatsanwaltschaft Wuppertal als „kaufmännisch sinnlose Entscheidungen“ bezeichnet werden:

- den Neubau des Duisburger Landesarchivs mit einem geschätzten Schaden von mindestens 50 Millionen Euro,
- die Erweiterung des Polizeipräsidiums in Köln-Kalk (Schaden 60 Millionen Euro),
- den geplanten Fachhochschulcampus in der Kölner Südstadt (Schaden durch den Wertverlust beim Grundstück von zehn Millionen Euro) und
- den Kauf des Schlosses Kellenberg bei Jülich (Schaden drei Millionen Euro).

- Hinzu kommen unter anderem der Erwerb des Vodafone-Hochhauses in Düsseldorf (Schaden 20 Millionen Euro), in das nach langem Hin und Her jetzt das Wirtschaftsministerium einziehen soll,
- die Erweiterung des Universitätsklinikums Essen (Kostenexplosion um 55 Prozent auf 82 Millionen Euro) und
- die Umstände des Verkaufs des Landesbehördenhauses in Bonn.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt seit mehr als zwei Jahren gegen 29 Beschuldigte wegen des Verdachts der Untreue, Bestechung und Bestechlichkeit. Doch wie wahrscheinlich ist es, dass den neuen Untersuchungsausschuss nicht das gleiche Schicksal wie seinen Vorgänger ereilen wird? Dort wurde derart lange über Verfahrensfragen gestritten, dass es vor dem Aus der rot-grünen Minderheitsregierung und der Auflösung des Landtags im März 2012 zu keiner inhaltlichen Auseinandersetzung kam.

Die Verfahrensfragen sind die gleichen geblieben – und im Vorfeld der Bundestagswahl sind die Interessenlagen grundverschieden. CDU und FDP wollen zunächst klären, was bei der Gründung des BLB unter der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2000 schiefgelaufen ist. Sie sehen den damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, Ex-Finanzminister Peer Steinbrück und Ex-Bauminister Michael Vesper (Grüne) in der Verantwortung. SPD und Grüne dagegen wollen gleich zur Sache kommen und die einzelnen Fälle untersucht wissen.

Schwarz-Gelb in die Mangel nehmen

Vor allem beim Komplex Landesarchiv Duisburg möchten sie Vertreter der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung in die Mangel nehmen: Ex-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Ex-Finanzminister Helmut Linssen und den damaligen Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff. Diese hätten das Landesarchiv nicht wie ursprünglich geplant auf die grüne Wiese in Düsseldorf setzen wollen, sondern als städtebauliches Zeichen in den alten Getreidespeicher im Duisburger Hafen. Mit der Folge einer **Kostenexplosion von 368 Prozent** auf zuletzt **190,4 Millionen Euro**.

„Das BLB-Gesetz ist am 1. Januar 2000 in Kraft getreten. Wir wollen zuerst grundsätzlich die mögliche Organisations- und Strukturschwächen klären, bevor wir in die einzelnen Komplexe einsteigen“, sagt **Klaus Vossemer, CDU-Sprecher im Untersuchungsausschuss**. Der Ausschussvorsitzende **Sven Wolf** (SPD) dagegen möchte „ein wenig strukturierter an die Sache herangehen“. Bei der konstituierenden Sitzung am heutigen Freitag (22.03.13) müsse man sich auf Verfahrensregeln verständigen: „Wir haben einen Arbeitsauftrag des Landtags. Daran müssen wir uns halten. In den nächsten Sitzungen werden wir entscheiden, welche Projekte wir uns ansehen.“ Der Landtag habe zwar eine Reihenfolge vorgeschlagen, „aber daran müssen wir uns nicht halten. Vielleicht nehmen wir uns erst einen kleineren Komplex zur Einarbeitung vor.“

Bei dieser Arbeitsweise könne man die erforderlichen Unterlagen nach und nach anfordern. „Dann bräuchten wir die 360 Regalmeter Akten nicht auf einen Schlag.“ Als Vorsitzender müsse er neutral bleiben, sagt Wolf. „Ich hoffe aber, dass wir uns darauf verständigen können. Der alte Untersuchungsausschuss hat acht von neun Sitzungen mit Verfahrensfragen zugebracht. Der neue soll für uns nicht zur Lebensaufgabe werden.“ Man sei bestrebt, dem Landtag in absehbarer Zeit einen Bericht vorzulegen. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft seien so weit fortgeschritten, dass man bei der Einsicht der Unterlagen auf weniger Probleme zu stoßen hoffe.